

Geographie der Unzufriedenheit: Wo gesellschaftlicher Zusammenhalt unter Druck gerät

Andreas Klärner¹, Frederik Beinvogl¹, Marc Ferch¹, Larissa Deppisch¹

- **Politische Unzufriedenheit ist räumlich ungleich verteilt, lässt sich jedoch nicht auf einen einfachen „Stadt-Land“-Gegensatz reduzieren**
- **Sie ist räumlich komplexer und wird durch regionale Ungleichheiten befördert**
- **Tatsächlicher oder befürchteter wirtschaftlicher Niedergang, gefühltes Zurückbleiben und schlechte Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge setzen den gesellschaftlichen Zusammenhalt unter Druck**

Hintergrund und Zielsetzung

Gesellschaftliche Polarisierung, Vertrauensverluste in Politik und Institutionen sowie der Erfolg populistischer und extremistischer Parteien werden häufig räumlich erklärt: Strukturschwache, periphere und ländliche Regionen gelten als besonders anfällig für politische Unzufriedenheit. In Wissenschaft und Öffentlichkeit wird in diesem Zusammenhang von einer sogenannten „Geographie der Unzufriedenheit“ gesprochen.

Vor diesem Hintergrund haben wir im Projekt „Geographie der Unzufriedenheit – Gefährdungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in ländlichen Räumen“ erstmals einen systematischen Überblick über die internationale Forschung zu diesem Themenfeld erarbeitet. Unser Ziel war es, die internationalen Erkenntnisse zu bündeln und belastbar zusammenzufügen,

- wie Unzufriedenheit gemessen wird,
- wo sie räumlich auftritt und
- welche Ursachen in der Forschung als besonders relevant gelten.

Mit unseren Ergebnissen wollen wir die politischen Debatten über ländliche Räume, „abgehängte Regionen“ und gesellschaftlichen Zusammenhalt auf eine fundierte Grundlage stellen.

Vorgehensweise

In dem Projekt führten wir eine systematische, internationale Literatursuche (Scoping Review) durch. In der Datenbank Scopus, die Abstracts und bibliographische Angaben wissenschaftlicher Veröffentlichungen enthält, haben wir in Titel, Abstract und Schlüsselwörtern nach den Begriffen „geography“ und „discontent“ sowie Varianten davon gesucht. Wir haben ausschließlich nach englischsprachigen Veröffentlichungen gesucht und zunächst 819 potenziell relevante Fachartikel identifiziert. Nach mehreren Qualitäts- und Relevanzprüfungen flossen schließlich 94 Studien in die vertiefte Analyse ein (s. Abb. 1).

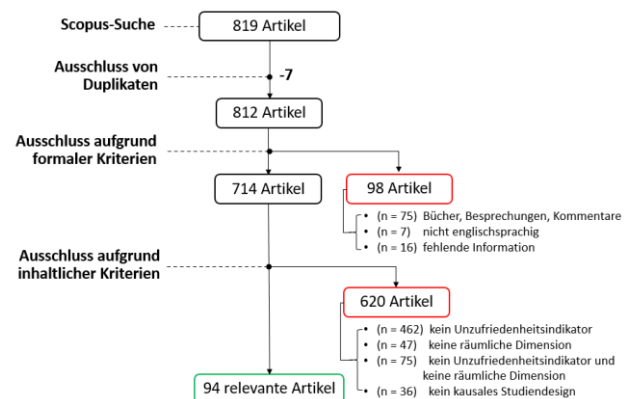


Abbildung 1: Auswahlprozess der Fachartikel (Quelle: scopus.com; eigene Analyse und Darstellung).

Ergebnisse

Die internationale Forschung zur Geographie der Unzufriedenheit ist ein junges, stark wachsendes Themenfeld, das besonders seit Mitte der 2010er Jahre deutlich an Bedeutung gewonnen hat (s. Abb. 2).

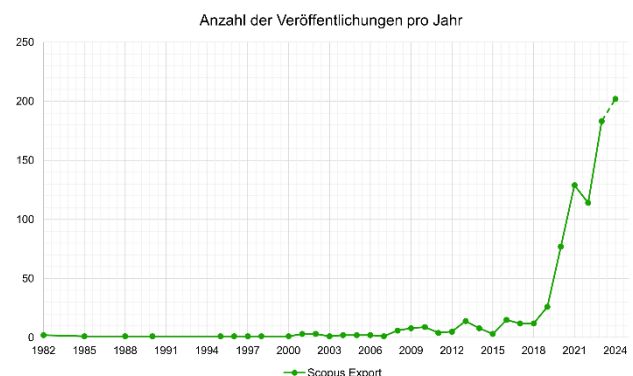


Abbildung 2: Anzahl der Veröffentlichungen zur Geographie der Unzufriedenheit im Zeitverlauf mit den Suchworten „geograph*“ und „discontent“ in Titel, Abstract und Volltext ohne formale und inhaltliche Relevanzprüfung (Quelle: scopus.com; eigene Analyse und Projektion für 2024).

Der bisherige Forschungsschwerpunkt liegt räumlich klar in Westeuropa. Erste Analysen, die den Beginn der Debatte prägten, bezogen sich auf das Brexit-Referendum im Vereinigten Königreich (Juni 2016), aber auch für Italien und Schweden lassen sich relativ viele Untersuchungen finden. Osteuropa ist bislang deutlich unterrepräsentiert, obwohl dort politische und wirtschaftliche Umbrüche seit den 1990er Jahren viel tiefergreifender waren und regionale Disparitäten teilweise sehr ausgeprägt sind. Die geringere Präsenz osteuropäischer Fallstudien dürfte weniger auf fehlende Relevanz als vielmehr auf datenbezogene, methodische und forschungsstrukturelle Gründe zurückzuführen sein. Unzufriedenheit wird in den Studien sowohl über Wahlverhalten (z. B. die Wahl populistischer Parteien) als auch über individuelle Einstellungen (z. B. euroskeptische Haltungen) operationalisiert und gemessen (s. Tab. 1). Sie ist damit ein vielschichtiges, soziales Phänomen, das sich nicht allein im Wahlverhalten ausdrückt.

Tabelle 1: Dimensionen von Unzufriedenheit (Quelle: Eigene Recherche und Zusammenstellung).

	Indikatoren
Wahlverhalten	• Wahl euroskeptischer Parteien
	• Wahl immigrationsfeindlicher Parteien
	• Wahl rechts- und linkspopulistischer Parteien
	• Nichtbeteiligung bei Wahlen
Individuelle Einstellungen	• Euroskeptische Haltung
	• Unzufriedenheit mit grundlegenden Dienstleistungen
	• Gefühle des Abgehängtseins
	• Gefühl der Ungerechtigkeit angesichts von Dekarbonisierungspolitiken
	• Negative Zukunftswahrnehmungen
	• Mangelnde politische Wirksamkeit
	• Fehlendes Vertrauen in Institutionen oder Politik
	• Ressentiments gegenüber dem eigenen (Wohn-)Ort

Ein zentrales Ergebnis lautet: Der oft betonte „Stadt-Land“-Gegensatz greift zu kurz. Zwar finden sich bei Menschen in ländlichen Räumen teils stärkere Unzufriedenheiten, entscheidender sind jedoch Ungleichheiten zwischen Regionen sowie innerhalb von Städten, etwa zwischen prosperierenden Zentren und peripheren Stadtteilen. Besonders robust ist der Zusammenhang zwischen (tatsächlichem, gefühltem oder befürchtetem) wirtschaftlichem Niedergang und politischer Unzufriedenheit. Regionen mit Arbeitsplatzverlusten, stagnierenden Einkommen und geringer wirtschaftlicher Dynamik weisen häufiger Frustration und Protestverhalten auf.

Dabei ist weniger die absolute Einkommenssituation ausschlaggebend als das gefühlte Zurückbleiben gegenüber früheren Zeiten oder gegenüber anderen Regionen oder ein für die Zukunft befürchtetes Zurückbleiben. Schließlich zeigt die Forschung deutlich, dass auch die infrastrukturelle Ausstattung, Vertrauen in staatliche Institutionen und deren Sichtbarkeit sowie raumsensible Politiken eine wichtige Rolle spielen: Schlechte Erreichbarkeit, schwache, institutionelle Qualität und wahrgenommene Ungerechtigkeit etwa in der Vernachlässigung peripherer Räume gehen mit sinkendem Vertrauen in Politik einher. Politikmaßnahmen, die politische Unzufriedenheit reduzieren und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken wollen, sollten daher an vielen Stellen ansetzen. Einige haben wir aufzeigen können, es besteht aber weiterer Forschungsbedarf. Diesem gehen wir in dem bis 2026 laufenden DFG-Projekt „Soziale und politische Konsequenzen räumlicher Ungleichheiten eine ostmitteleuropäische Fallstudie (SPC Spatial)“ nach.

Fazit

Die internationale Forschung zeigt, dass politische Unzufriedenheit räumlich ungleich verteilt ist, sich jedoch nicht auf einen einfachen „Stadt-Land“-Gegensatz reduzieren lässt. Entscheidender sind Ungleichheiten zwischen Regionen sowie innerhalb von Städten, insbesondere zwischen prosperierenden Zentren und peripheren Gebieten. Ein stabiler Befund ist der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Strukturwandel, regionalem Niedergang und wahrgenommenem Zurückbleiben. Insgesamt entsteht Unzufriedenheit aus dem Zusammenspiel wirtschaftlicher, sozialer, institutioneller und räumlicher Faktoren, deren Wirkungsweise bislang nur teilweise systematisch erforscht ist.

Weitere Informationen

Kontakt

¹Thünen-Institut für Lebensverhältnisse
in ländlichen Räumen
andreas.klaerner@thuenen.de
www.thuenen.de/lv

Laufzeit

6.2024 – 12.2024
Projekt-ID
2715

Veröffentlichungen

Klärner A (2024) In Krisenzeiten zusammenhalten. LandInForm (4): 12 – 13
Deppisch L, Klärner A (2025) Discontent in 'left-behind places'? How perception of space and local political climate matter for the success of right-wing populism in rural areas of Germany. Regional Studies 59(1):2587811

Gefördert durch

Bundesanstalt für Ernährung und Landwirtschaft (FKZ: 2824LE001)

DOI: 10.3220/253-2026-31



BULE plus
Bundesprogramm
Ländliche Entwicklung
und Regionale Wertschöpfung